

# Wir

*Älteren in den Gewerkschaften  
in Bremen und Bremerhaven*

## Du hast die Wahl ...



*Sind die Medien schuld am  
Aufstieg der AfD? > 6*



*Mark Peter im Interview über  
„Einfach Einsteigen“ > 18*



*Auf einen groben Klotz  
gehört ein ... > 20*

# Liebe Leserin, lieber Leser,

## Editorial

*die letzten Tage vor der Bundestagswahl – natürlich beschäftigen WIR uns mit dem Thema. Von wem wird die neue Bundesregierung geführt werden? Welche Koalition bildet die Regierungsmehrheit? Und welche Politik wird sie umsetzen – vor allem zum Schutz des Weltklimas, in den internationalen Beziehungen und den sozialen Fragen? Unsere Kreuze auf den Wahlzetteln können darüber mitentscheiden.*

*Und wir können mehr tun: Zwei Tage vor der Wahl, am Freitag 24. September, streikt die Jugendbewegung „Fridays for Future“ weltweit unter dem Motto „Alles Fürs Klima“ – sicher auch in Bremen und Bremerhaven. Näheres unter <https://fridaysforfuture.de>*

*Uns ist – so glauben WIR – wieder ein buntes Heft gelungen. Logisch, eine Zeitschrift wie diese kann dem tagesaktuellen Geschehen nicht hinterherlaufen. Dafür sind andere zuständig. So hoffen WIR, dass euch unsere Nummer 43 gefällt, und freuen uns über jede Zuschrift unter [wir@aulbremen.de](mailto:wir@aulbremen.de).*

*Sehen wir uns am 1. Oktober zum Tag der älteren Generation? Die WIR wird dort sein. Mehr Infos findet ihr auf der Rückseite.*

*Eure Redaktion*

*P.S. Auch dieses Jahr hat unsere Redaktion ein einwöchiges Weiterbildungsseminar besucht, wieder in der wunderschön gelegenen Bildungsstätte der WiSoAk in Bad Zwischenahn. Im Rahmen einer Schreibwerkstatt übten wir uns unter Anleitung eines Profis (Journalist) im Schreiben. Beispiele der dort entstandenen Arbeiten findet ihr am Ende dieses Heftes.*

## Inhalt

- |    |   |    |  |
|----|---|----|--|
| 3  | <b>Schon gewählt?</b><br>Wolfgang Bielenberg  | 19 | <b>DGB-Aktion gegen Respektlosigkeit und Gewalt</b><br>Cornelia Förster-Bonomo           |
| 4  | <b>Kommentar: Prima - alle sind fürs Klima</b><br>Traudel Kassel                    | 20 | <b>Union Busting – Auf einen groben Klotz gehört ein ...</b><br>Traudel Kassel           |
| 6  | <b>Sind Medien schuld am Aufstieg der AfD?</b><br>Holger Zantopp                    | 22 | <b>Rassismus und Diskriminierung – auch in Bremen</b><br>Bernd Krause                    |
| 9  | <b>Eine Straße und ihr Name: Langemarck</b><br>Volkert Ohm                          | 24 | <b>Nur die Räume fehlen noch<br/>30 Jahre Frauen-Museum in Bremen</b><br>Marlene Henrici |
| 11 | <b>Militärische Einsätze der Bundeswehr</b><br>Gastbeitrag Bremer Friedensforum     | 25 | <b>Aktionen im Bild: Greenpeace und ver.di</b>   |
| 13 | <b>Deserteure sind keine Feiglinge ...</b><br>Gastbeitrag DFG-VK Bremen             | 25 | <b>Leserbrief</b>  |
| 15 | <b>„Einfach Einsteigen“<br/>Eine Bremer Initiative im Interview</b><br>Bernd Krause | 26 | <b>Trainingslager in Bad Zwischenahn</b><br>Texte aus der WIR-Schreibwerkstatt           |
| 16 | <b>Impressum</b>  | 28 | <b>Internationaler Tag der älteren Generation<br/>am 1. Oktober vorm Übersee-Museum</b>  |
| 17 | <b>Das 135-Millionen-Graff von de Gorch Fock</b><br>Holger Zantopp                  |    |  |

# Schon gewählt?

Wolfgang Bielenberg

Hast du schon per Brief – oder gehst du am Sonntag, 26. September in dein Wahllokal zur Wahl für den 20. Deutschen Bundestag. Die Wahlunterlagen müsstest du mit der Post erhalten haben. (Wenn noch nicht – umgehend beim Wahlamt melden!)

Unabhängig, welchen Weg du beschreibst: Zu allererst steht deine Entscheidung, ob du überhaupt wählen gehen willst und – wenn ja – wo du deine Kreuze setzt. Dazu ein paar Anmerkungen:

Deine Stimme zählt! Gehst du nicht wählen, wählen die anderen für dich! Vielleicht die Partei, die du überhaupt nicht willst.

Die Stimmen der Senior\*innen sind wichtig! Allein im Land Bremen sind über ein Viertel der Wahlberechtigten über 65 Jahre alt - im Jahr 2019 waren das über 144.000. Unsere Stimmen entscheiden die Wahl mit.

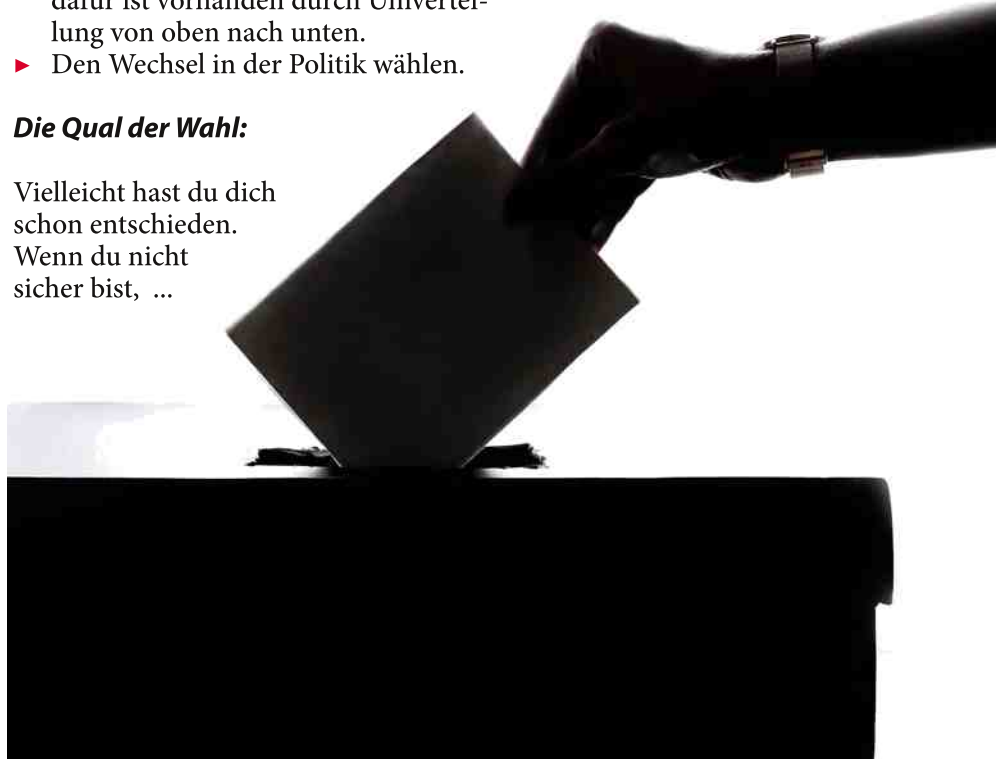
## WIR empfehlen:

- ▶ Geh' zur Wahl.
- ▶ Keine Stimme der AfD. Demokratiefeind\*innen, Gewerkschaftsgegner\*innen und Rassist\*innen werden nicht gewählt. Punkt.
- ▶ CDU/CSU-Kanzler\*innenschaft beenden. Warum? In der Klimapolitik, der drängendsten Frage dieses Jahrzehnts, hat die von der CDU/CSU geführte Regierung versagt. Ihre Politik wurde vom Bundesverfassungsgericht in großen Teilen für verfassungswidrig erklärt, da sie zu Lasten der jüngeren Generation geht. Und nun kann man im CDU/CSU-Wahlprogramm zwar viel über Klimaziele lesen, aber kaum etwas über ihre Umsetzung. Weiterhin plant die CDU/CSU mit der Entlastung hoher Einkommen die Vertiefung der sozialen Spaltung in unserer Republik.

- ▶ Klimaentwicklung, Aufrüstung, soziale Spaltung, Bildung, Gesundheit erfordern dringend andere Antworten als die der letzten Regierungen. Geld dafür ist vorhanden durch Umverteilung von oben nach unten.
- ▶ Den Wechsel in der Politik wählen.

## Die Qual der Wahl:

Vielleicht hast du dich schon entschieden. Wenn du nicht sicher bist, ...



... findest du hier Entscheidungshilfen:

Der **Wahl-o-Mat** der Bundeszentrale für politische Bildung. Nach der Beantwortung von Fragen kannst du herausbekommen, mit welchen programmatischen Aussagen der Parteien du am meisten übereinstimmst. Macht Spaß und ist mitunter überraschend.  
<https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>

Oder die **Wahlprüfsteine** des DGB oder von ver.di:  
<https://www.dgb.de/einblick>,  
<https://verdi-waehlt.verdi.de/>

P.S. Der Verfasser dieser Zeilen wählt links. 😊

Eine Zusammenfassung der letzten 16 Jahre CDU/CSU-Politik hat der Blogger Rezo in seinem Video treffend zusammengefasst (im Netz zu finden unter Rezo „Die Zerstörung der CDU“). Erhellend auch das ZDF-Satiremagazin „Die Anstalt“ in seiner Sendung vom 04.05.2021. Dort wird vergeblich versucht, alle Affären der Union auf einer Schautafel darzustellen.





# Prima – alle sind fürs Klima!

**Traudel Kassel**

Campact hat das Thema Klimaschutz zur Gretchenfrage bei der Bundestagswahl gemacht.

Und alle ziehen mit! – von der AfD abgesehen. Also alle echten Demokrat\*innen machen mit! Ist das nicht toll?

Alle sind fürs Klima – nur nicht, wenn die Windanlagen vor ihrer Haustür – oder in einem geschützten Gebiet errichtet werden sollen. Alle sind für Stromgewinnung aus Solaranlagen, aber niemand will schwere Eingriffe in die Natur, wenn die Anlagen in großem Maßstab entstehen.

Inzwischen haben sich Normalbürger\*innen daran gewöhnt, dass sie durch ihr Verhalten schuld am steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß sind: Sie heizen zu viel und mit falschen Brennstoffen, sie geben nicht genug Geld aus für die Dämmung ihrer Häuser, sie essen zu viel Fleisch von Tieren, die schädliche Gase ausstoßen, und

sie fahren zu ihrem reinen Vergnügen dauernd mit zu vielen und zu großen Autos in der Gegend herum – oder fliegen allzu oft in Urlaub.

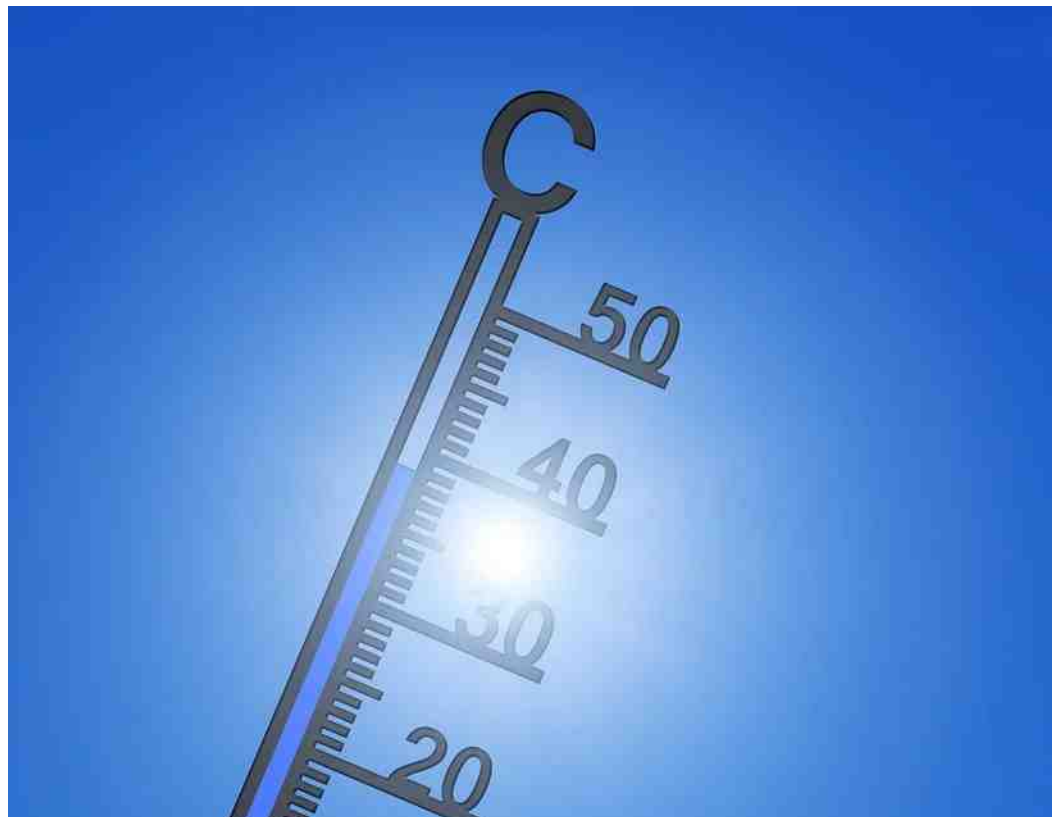
Zugegeben – da ließe sich noch einiges an CO<sub>2</sub> und Methan einsparen. Und viele Hauseigentümer, Mieter, Fleischesser und Autofahrer und Urlauber machen sich auch Gedanken darüber, was sie selbst zur Verkleinerung ihres „ökologischen Fußabdrucks“ tun können.

Aber gibt es da nicht noch was an schädlichen Einflüssen auf das Klima, was wir als Normalbürger\*innen eher wenig – oder nur mit sehr großem Engagement – beeinflussen können? Ja, natürlich.

## **Stichwort Militär**

Welche Rolle spielen Militär und Kriege als Energieverschwender? Es ist schwer, den Anteil an Rüstungsproduktion, Ma-

*Kaum bekannt: Nach einer im US-Fachjournal „The Lancet“ publizierten Studie gab es 2018 in Deutschland 20.200 Hitzetote - allein bei den über 65-Jährigen.*





*Gut gesetzter Termin: Zwei Tage vor dem Urnengang zum 20. Deutschen Bundestag, am FR 24.09., sollen weltweite Protestaktionen die Dringlichkeit einer radikalen Klimapolitik ins Bewusstsein der Wähler\*innen rufen.*

növern und vor allem Kriegen zu beziffern. Aber was da an unnützer und schädlicher Produktion stattfindet und schon ohne Kriege bei Manövern herumfährt, -fliegt und in die Luft ballert, ist nicht unerheblich. Von der klimazerstörerischen Wirkung von Kriegen erst gar nicht zu reden. Wer wird sie messen, wenn schon Menschenleben nicht gezählt werden?

### **Stichwort Digitalisierung**

Welchen Anteil am stetig steigenden Stromverbrauch hat die als Heilsbringerin hofierte Digitalisierung? Jede Suchanfrage lässt weltweit Server heißlaufen, die riesige Mengen Strom verbrauchen. Wäre das Internet ein Staat, stünde es beim weltweiten Stromverbrauch an 6. Stelle, hieß es 2019. Die rasche Zunahme der Internetnutzung und Videokonferenzen gerade durch die Pandemie hat diesen Anteil noch einmal immens gesteigert.

### **Stichwort Nachhaltigkeit**

Recycling und Upcycling, Secondhand- und Tausch-Märkte: Alles nützliche Vorhaben, aber sie bleiben Nischen in der Ressourcen-Verschwendung kapitalistischen Wirtschaftens. Allein durch Produktion, Transport, Vertrieb und Entsorgung unnötiger, schädlicher oder auf vorzeitigen Verschleiß getrimmter Waren werden Klima und Umwelt ge-

schädigt. Könnte nicht ein Kleidungsstück, ein Auto, eine Waschmaschine, ein Drucker oder jeder x-beliebige Konsumartikel dreimal so lange halten? Damit wäre – ohne jeden Verzicht – dem Klima und den Verbraucher\*innen geholfen. Nur den gewinnorientierten Unternehmen gefiele das nicht, weil sie vom vorzeitigen Verschleiß ihrer Produkte wunderbar leben.

Nach der Bundestagswahl zählt also nicht nur, welche Partei das schönste Programm hat, sondern ob sie tatsächlich – in jeder der möglichen Koalitionen – dem „immer mehr, immer schneller“, der Maßlosigkeit des herrschenden Wirtschaftssystems Grenzen setzen wird. Ob sie auch gegen starke Lobbyverbände standhaft gegen klimaschädliches Wirtschaften und Handelsabkommen wie Mercosur auftritt, die aus wirtschaftlichen EU-Interessen zur weiteren Abholzung des Regenwaldes in Amazonien beitragen und sich stattdessen für die echten Menschheitsbedürfnisse einsetzt: Nahrung, Kleidung, Wohnung, menschlicher Umgang und Frieden – und zwar überall auf der Welt.

# Sind Medien schuld am Aufstieg der AfD?

*Heftige Kritik an öffentlich-rechtlichen Sendern*

**Holger Zantopp**

Noch vor Jahrzehnten hatte der Journalismus in Deutschland ein höheres Ansehen als heute. So sorgte zum Beispiel die SPIEGEL-Affäre von 1962 für eine breite Solidarität mit dem Herausgeber des Magazins, Rudolf Augstein, und seiner Redaktion. Die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht gilt seitdem als Meilenstein in der Verteidigung der Pressefreiheit. 2015/2016 wurde jedoch vieles anders. Die Debatten um Flucht und Migration führten zu einer Entfremdung zwischen Medienschaffenden und einem Teil der Bevölkerung. Solidarität mit Journalist\*innen ist zu einer Randerscheinung geworden. Es ging schon damals um Vorwürfe, Medien würden bewusst zugunsten von Geflüchteten berichten, sie würden etwas verzerrt darstellen oder Unliebsames weglassen. Aus Kritik an einzelnen Journalist\*innen oder Berichten wurde Generalkritik. Die AfD lässt keine Gelegenheit aus, ARD und ZDF zu diffamieren. Die Partei redet unter anderem von „Zwangsgebühren“ für die „Systemmedien“.

Aber auch schon früher mussten sich Journalisten und Journalistinnen gegen Angriffe der politischen Klasse wehren, sobald kritisch über sie berichtet wurde. Das gipfelte in Formulierungen wie: Schmierfinken (Helmut Kohl), Wegelagerer (Helmut Schmidt), Fünf-Mark-Nutten (Joschka Fischer), Schweinejournalismus (Oskar Lafontaine). Auf die Spitze trieb es Franz Josef Strauß, der politische Gegner als "Ratten und Schmeißfliegen" bezeichnet hatte. In der Demokratie schließt aber die Kontrollfunktion der Medien eine umfassende Kritik an den herrschenden Machteliten ein.

**AfD umgibt sich mit medialen Feindbildern**

Zu den Lieblingsgegnern der „Alternativen“ gehören eindeutig die öffentlich-rechtlichen Sender. Ginge es nach der AfD, würden ARD und ZDF umgehend abgeschafft. Wer sich also als Journalist oder Journalistin der AfD nähert, wird erstmal mit Argwohn betrachtet. Der

*„Moderatoren-Versagen“  
urteilte der Tagesspiegel am  
19. Oktober 2015 über  
Günther Jauch nach einem  
unverschämten Auftritt von  
AfD-Rechtsausleger  
Bernd Höcke in der  
ARD-Talkshow.*







„Staatsfunk“ wird einerseits von der Partei bekämpft, aber gleichzeitig für die eigene Propaganda genutzt. Wie gehen Medienschaffende damit um? Soll über die AfD gar nicht berichtet werden? Eine solche Frage erübrigt sich, denn die Partei ist demokratisch gewählt und im Bundestag sowie in Landesparlamenten vertreten. Die AfD zu ignorieren, würde zu einem großen Aufschrei führen. Die mit Rechtsextremen oder Nazis durchsetzte Partei hätte dann jeden Grund, sich noch mehr als Opfer zu inszenieren.

Medien kommen aber an der AfD nicht vorbei. Die Frage stellt sich jedoch, müssen Journalist\*innen über jedes Stöckchen springen, das neugierigen Presseleuten hingehalten wird? AfD-Äußerungen wie „Vogelschiss“ oder „Kopftuchmädchen“ sind zwar Steilvorlagen für die journalistische Arbeit, die für Aufmerksamkeit sorgen. Aber sollen Medien tatsächlich auf jede Provokation reagieren? Der AfD ist es immer wieder gelungen, für eine maximale Medienaufmerksamkeit zu sorgen. Zur Strategie der Partei gehören unter anderem gezielte Provokationen. Als Björn Höcke im Oktober 2015 in einer TV-Sendung von Günther Jauch plötzlich eine Deutschlandfahne auf die Armlehne seines Studiosessels legte, war der Propaganda-Erfolg der AfD gesichert.

### **Vorsicht vor irreführenden Wortkreationen**

Es gibt stets die Gefahr, dass die Übernahme von Begriffen zu verheerenden Schlussfolgerungen führen kann. Eines der Beispiele sind die „Döner-Morde“. Im

Journalismus ist es üblich, möglichst „knackige“ Ausdrücke für komplizierte Sachverhalte zu finden, in diesem Fall mit fatalen Folgen. Praktisch sämtliche Zeitungen hatten den Ausdruck „Döner-Morde“ übernommen und damit einen falschen Zusammenhang hergestellt. Das wurde erst deutlich, als sich im November 2011 die Rechtsterroristen Mundlos und Bönnhardt erschossen hatten. Die Annahme, dass die Ermordung von zehn Menschen dem „migrantischen Milieu“ zuzuordnen sei, erwies sich als großer Irrtum. Stattdessen war es Neonazi-Terror, geplant und ausgeführt von der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“. Bei den Opfern der NSU-Terroristen handelte es sich um neun Menschen aus Zuwandererfamilien sowie um eine deutsche Polizistin.

Vorsicht auch bei der Aneignung AfD-kompatibler Wortkreationen: Wenn rassistische Parolen gebrüllt werden, dann stammen diese eben nicht von „besorgten Bürgern“, sondern von Rassisten. Und wer Bürgerrechte für Muslime ablehnt, hat keine „islamkritische Haltung“, sondern äußert sich herabwürdigend und verfassungsfeindlich. Deswegen müssen Journalist\*innen auf die Übernahme von Formulierungen dieser Art verzichten.

Für großen Wirbel hatte im September 2019 eine MDR-Moderatorin nach den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen gesorgt. Sie bezeichnete eine mögliche Koalition aus CDU und AfD als „bürgerlich“. Die Chefredaktion des Mitteldeutschen Rundfunks entschuldigte sich und erklärte, es habe sich um einen

„Versprecher“ gehandelt. Journalist\*innen sollten demagogischen Wortschöpfungen von CSU-Politikern wie „Asyltourismus“ oder „Anti-Abschiebe-Industrie“ Einhalt gebieten, auch in Live-Interviews.

### **Fragwürdige Themensetzung in Talkrunden**

Der SPIEGEL hatte schon vor längerer Zeit für die ersten Monate des Jahres 2018 eine Liste mit allen Sendungen zusammengestellt, bei denen es um die Themen Kriminalität, Flucht, Asyl und Islam ging:

- ▶ Sandra Maischberger vom 11. April: Angst auf der Straße: Muss der Staat härter durchgreifen?
- ▶ Sandra Maischberger vom 6. Juni: Die Islamdebatte: Wo endet die Toleranz?
- ▶ Plasberg/Hart aber fair vom 5. März: Fremde gegen Deutsche, Arme gegen Arme: Was zeigt der Fall der Essener Tafel?
- ▶ Plasberg/Hart aber fair vom 9. April: Islam ausgrenzen, Muslime integrieren – kann das funktionieren?
- ▶ Plasberg/Hart aber fair vom 4. Juni: Flüchtlinge und Kriminalität – Die Diskussion!
- ▶ Anne Will vom 22. April: Skandal um Echo-Verleihung, Attacke auf Kippa-Träger – verliert Deutschland den Kampf gegen Antisemitismus?
- ▶ Anne Will vom 27. Mai: Die Bremer Asyl-Affäre – Systemfehler oder Einzelfall?

- ▶ Maybritt Illner vom 8. März: Streit um die Tafeln – wenn die Hilfe nicht für alle reicht.
- ▶ Maybritt Illner vom 31. Mai: Chaos beim Asyl - warum hat der Staat versagt?

Scharfe Kritik gab es unter anderem an der Hart-aber-fair-Sendung vom 4. Juni 2018, auch bereits vor der Ausstrahlung. In der Programmvorschau hieß es nämlich: „Junge Männer, geflohen aus Krieg und archaischen Gesellschaften - für viele hierzulande Grund zu Sorge und Angst. Können solche Flüchtlinge überhaupt integriert werden? Wie unsicher wird Deutschland dadurch?“ Im Netz war von einer „unverhältnismäßigen Schwerpunktsetzung“ die Rede. Bei der WDR-Redaktion stieß der Unmut von Zuschauern und Zuschauerinnen allerdings auf wenig Verständnis.


### **Kein gutes Haar**

Der deutsche Kulturrat lässt insgesamt kein gutes Haar an den öffentlich-rechtlichen Sendern. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben. Die AfD sei „bundestagsfähig“ gemacht worden. ARD und ZDF haben einen hohen journalistischen Anspruch. Sie müssen sich daher davor hüten, populistische Klischees zu bedienen, die letzten Endes den politischen Kräften am äußersten rechten Rand zugute kommen.

*Es war Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff, der im Dezember 2020 seine Zustimmung zu einer schon fix vereinbarten Erhöhung des Rundfunkbeitrags wieder zurückzog. Dass Haseloffs Partei, der CDU, die AfD im Nacken sitzt, hat damit selbstverständlich nichts zu tun.*







# Langemarckstraße

## Eine Straße und ihr Name

Es ist eine gesichtslose Verkehrsader, die vom Hohentor in gerader Linie durch die Neustadt auf die Bremer Innenstadt hinführt. Bis 1937 hieß sie in Teilabschnitten Große Allee, Kleine Allee und Meterstraße. Dann gab ihr das Naziregime einen neuen Namen: Langemarckstraße. Auch in zahlreichen anderen Städten des Reiches wurden Straßen nach diesem Ort in Belgien genannt, in dessen Nähe die kaiserliche Armee gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs eine Niederlage erlitten hatte.

Noch während des Krieges wurde begonnen, um diesen Namen einen Heldenmythos zu stricken. Hier die Vorgeschichte dieses Mythos: Der Plan der kaiserlichen Heeresleitung, in einer Art Blitzkrieg Belgien zu überrennen, Paris einzunehmen und damit den Krieg zu beenden, war am 9. September 1914 mit dem deutschen Rückzug in der Marneschlacht gescheitert. Es folgten sehr verlustreiche Gefechte in der sogenannten „Ersten Flandernschlacht“, die ab dem 17. Oktober in der Gegend von Ypern geführt wurden. Auf deutscher Seite waren an dieser Schlacht Reservekorps beteiligt, die aus sehr jungen Männern hastig zusammengestellt worden waren. Sie waren unzureichend ausgebildet und sehr mangelhaft ausgerüstet, geführt von Reserveoffizieren ohne Fronterfahrung. Zehntausende dieser jun-

gen Soldaten wurden in dieser Schlacht in den Tod getrieben. Die Vorstöße der 4. Armee des Kaiserreichs trafen nämlich auf erbitterten Widerstand der belgischen Truppen, die durch französische und britische Verbände unterstützt wurden und blieben letztlich ohne nennenswerten Erfolg. Die deutschen Angriffe wurden schließlich Mitte November ohne bedeutende Geländegewinne eingestellt. Nach unvollständigen Aufzeichnungen des Reichsarchivs hat das deutsche Heer in dieser Schlacht 100.000 Soldaten verloren (Gefallene, Verwundete und Vermisste oder in Gefangenschaft Geratene). Dieses irrsinnige Opfer für das Großmachtstreben des Kaiserreichs wurde von der Obersten Heeresleitung heroisiert durch einen Heeresbericht über ein Gefecht vom 10. November, der von fast allen deutschen Zeitungen auf der ersten Seite abgedruckt wurde: „Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesänge ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie. Etwa 2000 Mann französischer Linieninfanterie wurden gefangengenommen und sechs Maschinengewehre erbeutet.“

Dieser Bericht, in dem die eigenen Verluste verschwiegen wurden, wurde von großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit unkritisch aufgenommen und löste

**Volkert Ohm**

Am 3. Juli 2020 wurde im Rahmen einer eindrucksvollen Veranstaltung mit über 100 Teilnehmer\*innen ein neuer DENKORT gegen Kriegsverherrlichung und als Zeichen für Frieden und Abrüstung eingeweiht. In unmittelbarer Nähe zum einstigen Denkmal und heutigen Mahnmal wurde eine informative Stele enthüllt. Fotos S. 10: Marion Pokorny, Ekkehard Lentz



die Entstehung eines Mythos über den heldenhaften Opfergang junger Soldaten aus. Bereits am ersten Jahrestag der Kämpfe nördlich von Ypern gedachte man der gefallenen Langemarck-Kämpfer, wobei die Verstorbenen oftmals als vorbildlich dargestellt wurden: „Der Tag von Langemarck wird in allen Zeiten ein Ehrentag der deutschen Jugend bleiben. [...] Wohl fielen an ihm ganze Garben von der Blüte unserer Jugend [...]; aber den Schmerz um die tapferen Toten überstrahlt doch der Stolz darauf, wie sie zu kämpfen und zu sterben verstanden.“ (Deutsche Tageszeitung, 11. Nov. 1915)

Der Langemarck-Mythos wurde von den Nationalsozialisten propagandistisch aufbereitet, um junge Menschen für den Krieg zu begeistern und sie zu motivieren, sich bereitwillig für ihr Vaterland zu opfern. Das geschah in Bremen - wie in anderen Orten des Reiches - nicht nur durch die Umbenennung der Straße. Schon drei Jahre zuvor war an dieser Straße vor dem Gebäude der jetzigen Hochschule Bremen

ein Ehrenmal für die gefallenen Lehrer und Studenten der ehemaligen Höheren Technischen Lehranstalten errichtet worden, das „Unseren Helden 1914-18“ gewidmet war. Bei der Einweihung mahnten alle Redner die jungen Studierenden der Technischen Lehranstalten, sich die Pflichterfüllung, die Opferbereitschaft, die „Treue bis in den Tod“ der gefallenen Kommilitonen zum Vorbild zu nehmen. „Kommilitonen! Seid stolz auf die Brüder, die alles verließen, die ihr Leben ließen, damit Deutschland lebe!“ rief der NS-Studentenführer Marlow den Versammelten in einer - wie es hieß - „zündenden Ansprache“ zu. (zitiert nach R. Meyer-Braun in „Geschichte im öffentlichen Raum - Denkmäler in Bremen zwischen 1435 und 2001“, Donat Verlag, 2011, S.66)

Dieses Denkmal wurde 1988 umgestürzt und am Volkstrauertag 1993 zum antimilitaristischen Mahnmal umgewidmet. Alle bisherigen Initiativen und Bemühungen, der Langemarckstraße einen neuen würdigen Namen zu geben, sind zwar erfolglos geblieben. Jedoch beschloss der Stadtteilbeirat Neustadt 2006 die Einrichtung eines Geschichtspfades, um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Heldenmythos anzuregen. 2014 gelang eine symbolische Umbenennung der Straße in „Friedensallee“: Im Rahmen der Manifestation „Aus der Geschichte lernen - wir sagen NEIN zum Krieg“ wurden die Straßenschilder mit Stoffen überzogen, der den Namen „Friedensallee“ nannte. Mit dieser Aktion wurde gleichzeitig vor den aktuellen Kriegsgefahren gewarnt. Das Bremer Friedensforum fordert vom Senat auch weiterhin die Umbenennung von Straßen, „die mit Namen der deutschen Kriegs- und Kolonialgeschichte eng verbunden sind (z. B. Hindenburg, Langemarck, Lüderitz)“.





# Militärische Einsätze der Bundeswehr

*Gastautorin Anne Biermann-Asseln, Bremer Friedensforum*

Bis zur politischen Wende 1989-1991 in Europa bestand die Vorstellung von Sicherheit in der alten Bundesrepublik vor allem darin, das eigene Staatsgebiet und das der Nato-Verbündeten zu sichern. Diese Haltung veränderte sich mit der Auflösung der DDR, der Sowjetunion und des Warschauer Pakts. Die neue Bundesrepublik orientierte sich nun militärisch darauf, eine neue Rolle in der Weltpolitik zu spielen und ihre Außenpolitik teilweise aggressiver zu gestalten. Das geschah dann insbesondere auf dem Balkan.

Da es problematisch war, die Einsätze unter den Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes zu fassen, musste für die neuen Aufgaben der Bundeswehr „Out of area“ zu agieren, das GG neu interpretiert werden. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts benutzten dazu den Artikel 24, Absatz 2 GG. Dieser ermöglichte der Bundesrepublik „sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit ein(zu)ordnen.“

Eine neue Begrifflichkeit bekam entscheidende Bedeutung, die des „erweiterten Sicherheitsbegriffs“. Er geht davon aus, dass sich neue Szenarien und Konflikte in der

Welt ereignen, auf die der Westen zu reagieren habe. Dazu gehören beispielsweise Hunger, Armut, Umweltzerstörung, Terrorismus, regionale Konflikte und das Scheitern von Staaten. Die verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 führen u.a. die „Bündnisbildung an die Nuklear- und Seemächte in der Nordatlantischen Allianz“ und die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ an. Kürzer formulierte es der damalige Verteidigungsminister Peter Struck: „Theoretisch kann man sagen, die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Aufschlussreich ist auch der Celler Appell von 2008: „Als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen ... sie tragen (zu einer) positive(n) Rendite für die Wirtschaft (bei) ...“ Unterzeichner: die Commerzbank und das Verteidigungsministerium im Namen aller 120 Teilnehmer.

Um die Legitimierung für Auslandseinsätze nicht schrankenlos erscheinen zu lassen, schuf das Bundesverwaltungsge-



*Uniform schützt nicht vor Einsicht: Auch mancher Bundeswehr-Angehörige unterstützt die Ziele der Friedensbewegung. (Foto: Ekkehard Lentz)*



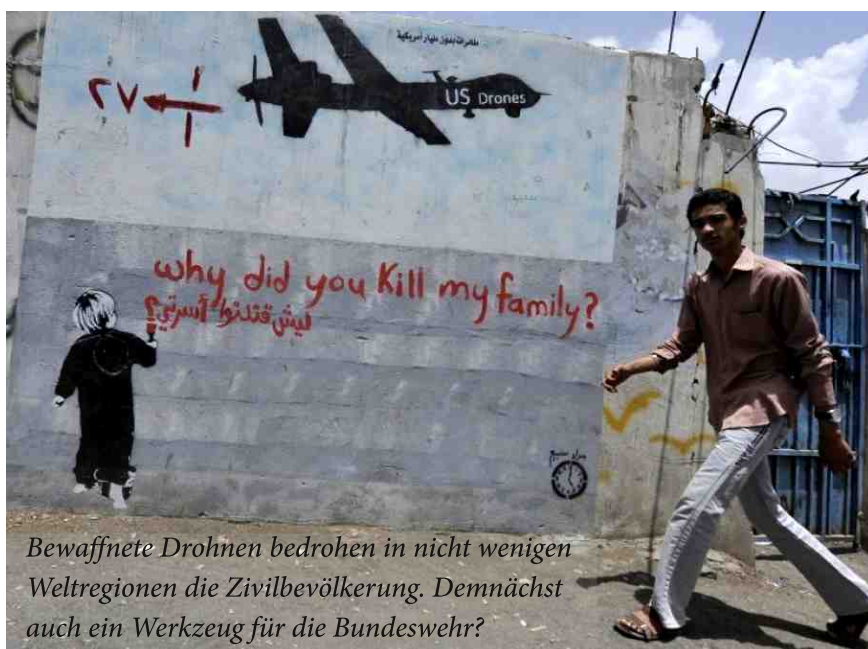
Bremer Marktplatz:  
 Unermüdlich engagiert sich  
 das Friedensforum für  
 Abrüstung und eine  
 friedliche Außenpolitik.  
 (Foto: Ekkehard Lentz)



richtet den sogenannten Parlamentsvorbehalt, der den Einsatz bewaffneter Streitkräfte grundsätzlich durch die vorherige konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages regeln sollte. Wie schwach die Positionen des Parlaments waren, zeigte sich bei späteren gerichtlichen Entscheidungen, bzw. bei Beschlüssen im Parteienspektrum Deutschlands im Großen und Ganzen zugunsten der Militarisierung. Nachdem die Partei Bündnis 90/Die Grünen sich für die Intervention im völkerrechtswidrigen Krieg der Nato gegen Jugoslawien ausgesprochen hatte, gibt es heute mit der Partei Die Linke nur noch eine parlamentarische Kraft, die sich bisher jeglicher Kriegsbeteiligung verweigert.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist Deutschland mit und ohne UN-Mandat bei 15 Auslandseinsätzen präsent. Man unterstützt dabei Regierungen wie im Sudan und in Mali, denen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Zum Zeitpunkt einer Erhebung im Mai 2021 waren offiziell insgesamt 3100 deutsche Soldat(innen) an Einsätzen beteiligt. Von 1992 bis 2020 sind 114 in Einsätzen ums Leben gekommen.

Im Oktober 2001 marschierten die Amerikaner als Vergeltungsschlag auf 9/11 in Afghanistan ein. Sie wollten die Herrschaft der Taliban stürzen, die Ausbildungscamps von Al-Qaida geduldet haben sollten und Osama bin Laden dingfest machen. Ab 2002 führte die NATO das Kommando; Deutschland war von Anfang an dabei. Die Experten für internationale Beziehungen und Konflikte Andreas Zumach und Christian Rath verwiesen in Abgrenzung zu militärischen Aktionen auf völkerrechtliche Überlegungen: „Für die Aufarbeitung von Terroranschlägen ist die Justiz zuständig und nicht das Militär.“ Doch der Krieg in diesem bitterarmen Land ging weiter und führte erst in diesem Jahr zu einem Abzug der Truppen. Das leidvolle Ergebnis: hunderttausende Tote vor allem bei der Zivilbevölkerung, Millionen Flüchtlinge, ein in weiten Teilen zerstörtes Land, Stärkung des Terrorismus. Die Taliban bleiben der entscheidende Machtfaktor. Der Einsatz kostet allein der Bundesrepublik mehr als 15 Milliarden Euro. Erfolge für eine demokratische Entwicklung, Bildung und Frauenrechte sind kaum zu erkennen.



Bewaffnete Drohnen bedrohen in nicht wenigen Weltregionen die Zivilbevölkerung. Demnächst auch ein Werkzeug für die Bundeswehr?

# Deserteure sind keine Feiglinge

**Gastautoren Herma Priebe und Klaus Schiesewitz**  
**Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen**

Seit mittlerweile fast 130 Jahren setzt sich die DFG-VK e.V. für die Interessen von Kriegsdienstverweigerern und für die gewaltfreie Lösung von Konflikten (zivile Konfliktbearbeitung und -prävention) ein.

Heute versteht sich die DFG-VK als pazifistische Organisation mit dem Ziel, die Institution des Krieges zu beseitigen und eine Welt sozialer Gerechtigkeit zu schaffen, in der Mensch und Natur in Einklang leben. Bis zur Aussetzung des Wehrdienstes 2011 hat unser Verein junge Männer beraten, die den Wehrdienst verweigern

wollten. Sie ruft aber nicht nur zur Verweigerung des Wehrdienstes auf, sondern zur Verweigerung jeglicher Beteiligung an Kriegsvorbereitungen (Zivilschutz, Militarisierung des Gesundheitswesens, Rüstungssteuerverweigerung). Sie ist parteipolitisch unabhängig.

In diesem Sinne wendet sie sich gegen Versuche, die Akzeptanz gegenüber dem Einsatz von Soldat\*innen in zivilen Bereichen (aktuell während der Corona-Pandemie) zu erhöhen und gegen das Pilotprojekt der Bundeswehr „Dein Jahr

S. 14



*Später mit dem Friedensnobelpreis geehrt, gründeten Bertha von Suttner und der Österreicher Alfred Hermann Fried 1892 die Deutsche Friedensgesellschaft und im selben Jahr auch die Zeitschrift „Die Waffen nieder!“*

Die neuen Konzepte und Strukturen innerhalb der Bundesrepublik und der Nato-Mitglieder finden sich auch im Wandel der UNO wieder. Das allgemeine Gewaltverbot mit Ausnahme der Selbstverteidigung ist einer Reform zum Opfer gefallen. Die Schutzverordnung „Responsibility to Protect“ hat die UN entscheidend verändert. Ein Ergebnis dieser Verordnung sind die vielen Mandate, die die UN „humanitären“ Interventionen in den letzten Jahrzehnten erteilt hat. Leider werden die vielfältigen Ursachen von Krisen dabei auch hier außen vor gelassen.

Die Alternative zu Einsätzen der Bundeswehr ist nicht Nichtstun, sondern die aktive Unterstützung von Verhandlungslösungen, d.h. der Einsatz nichtmilitäri-

scher Instrumentarien. Qualifiziertes ziviles Personal statt Soldaten können nachhaltig eine Konfliktbearbeitung bewirken. Letztendlich bedarf es grundlegender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen, um den Krisen in der Welt zu begegnen.

Für die Bundestagswahl am 26. September empfehlen wir, keine Partei und keine Kandidat\*innen zu wählen, die Aufrüstung und Auslandseinsätzen zustimmen.

<https://www.bremerfriedensforum.de>  
<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>  
<https://www.twitter.com/ekkehardlentz1>  
[https://www.instagram.com/bremer\\_friedensforum](https://www.instagram.com/bremer_friedensforum)





*Kundgebung am 15. Mai beim Seume-Denkmal: Hauptredner waren Wolfgang Grams (links) und Klaus Schiesewitz, Vorsitzender der DFG-VK-Gruppe Bremen*

für Deutschland – Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz“, für das junge Menschen mit 1.400 € netto für den Dienst an der Waffe geködert werden sollen. Die Höchstgrenze für den Bundesfreiwilligendienst liegt 2021 bei 426 €.

Die Bertha-Von Suttner-Stiftung als Teil der DFG-VK hat einen Sonderfördertopf für Projekte mit dem Schwerpunkt „Klima und Militarisierung“ ausgeschrieben. Antragsfrist ist der 01.11.2021.

In der Öffentlichkeit engagieren wir uns mit monatlichen Infotischen und eigenen sowie gemeinsamen Aktionen mit Organisationen mit gleichen friedenspolitischen Zielen, zum Beispiel dem Bremer Friedensforum, Aufstehen Bremen und Deutsch-Russische Friedenstage.

Aktuell engagiert sich die DFG-VK in ganz Deutschland mit der Kampagne gegen „Defender 2020-2023“ – dem größten Nato-Manöver seit Ende des Kalten Krieges sowie beim Antikriegstag am 1. September.

### **Desertieren ist Bürgerpflicht!**

Am 15. Mai, dem Tag der Internationalen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure hatten wir wieder zu einer Kundgebung am Seume-Denkmal an der „kleinen Weser“ geladen. Johann Gottfried Seume war berühmter Schriftsteller sowie der erste Deserteur 1783. Der Hauptredner Wolfram Grams – pensionierter Schulleiter an der Schule Delmestraße - sprach zum Thema Desertieren ist Bürgerpflicht,

zur Kontinuität von Aufrüstung und Militarisierung, zur wachsenden Kriegsgefahr und der Notwendigkeit, dagegen zu kämpfen.

„Johann Gottfried Seume war Zeitgenosse von Goethe und Schiller und selbst ein berühmter Schriftsteller. Aus seinem Studium heraus wurde er vom Hessischen Militär shanghaied und in den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg verschleppt. Auf dem Rückweg über Bremen wagte er den 3. Desertions-Versuch, wurde gefasst, zum Tode verurteilt, dann aber zu Kerkerhaft begnadigt.“

Friedenserziehung hat bei der DFG-VK einen hohen Stellenwert. Wir bieten deshalb fünf jungen Menschen im Alter von 18-28 Jahren eine einjährige kostenlose Mitgliedschaft für den Aufbau einer Jugendgruppe an.

Nähere Infos dazu und zu weiteren Aktivitäten unter: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)



*Das Seume-Denkmal an der Kleinen Weser ehrt nicht nur den Dichter, sondern auch den Pazifisten, der 1783 – im Alter von 20 Jahren als Soldat aus Nordamerika nach Bremen zurückgekehrt – aus dem Militärdienst floh.*



# „Einfach Einsteigen“

## Eine Bremer Initiative im Interview

Bernd Krause

- ▶ **Hallo Mark Peter, du bist Gründer und Sprecher der Bremer Initiative „Einfach Einsteigen“. Wo sollen wir denn „einsteigen“?**

Unser Konzept für einen fahrscheinfreien, umlagefinanzierten und ausgebauten Nahverkehr bezieht sich zunächst einmal auf die Stadt Bremen. Es ist allerdings denkbar, das Konzept auch auf Bremerhaven oder Teile des Umlands auszuweiten. Es würde dann alle Busse, Straßenbahnen und Züge innerhalb der Stadt umfassen.

- ▶ **Ein kostenloser, „fahrscheinfreier“ öffentlicher Nahverkehr klingt attraktiv. Aber wer soll den – bei knappen Kassen – bezahlen?**

Wir sprechen bewusst nicht von kostenlosem Nahverkehr. Es sollte klar sein, dass der Betrieb und Unterhalt des Nahverkehrs immer Kosten verursacht. Weitere Kosten entstehen, wenn der Nahverkehr – wie wir uns das vorstellen – deutlich ausgebaut wird. Unser Konzept sieht daher eine Finanzierung über eine Umlage vor, die ähnlich wie bei der Sozialversicherung von Unternehmen und Bürger\*innen gezahlt wird. Dabei sollen auch Pendler\*innen und Tourist\*innen beteiligt werden. Von der Umlage befreit wären Minderjährige und Schwerbehinderte, die dies auch jetzt mit ihrer Wertmarke bereits sind.

- ▶ **Ein Teilziel eures Konzeptes ist die „autofreie Innenstadt“. Was sagt ihr den Leuten, die befürchten, dass dann die Bremer in den umliegenden Einkaufszentren – mit Parkplätzen vor den Türen – Einkaufen fahren?**

Die autofreie Innenstadt ist nicht Teil unseres Konzeptes. Wir begrüßen allerdings gemeinsam mit unseren Partnern im Verkehrswendebündnis entsprechende Pläne des Senats. Erfahrungen aus anderen Städten in Europa zeigen, dass die Rolle des Autos massiv verkannt wird. Dort, wo das Auto zurückgedrängt werden soll, gibt es oft Widerstand und die Wirtschaft fürchtet um ihre Existenz. Wenn umgesetzt, dann wünscht sich niemand mehr die alten Zeiten zurück. Autofreie und autoarme Zonen steigern die Umsätze und tragen zur Belebung der Innenstädte bei. Voraussetzung dafür ist eine einfache und

gute Erreichbarkeit durch den ÖPNV und den Radverkehr. Was wir an den Plänen des Senats kritisieren: Uns fehlt die ästhetische Komponente. Die autofreie Innenstadt muss mehr werden als Innenstadt minus Autos plus mehr Radfahrende, ZuFuß-Gehende und ÖPNV.

- ▶ **Wie stellst du dir den Verkehr in Bremen und umzu in 20 Jahren vor?**

Was ich mir wünsche: Nicht nur eine autofreie Innenstadt, sondern zahlreiche autoarme Zonen in ganz Bremen. Dazu braucht es als Basis ein für alle attraktives Nahverkehrsnetz, dass auch das Umland deutlich besser erschließt. Ein ebenso gut ausgebauten Radstraßen- und -wegenetz macht es attraktiv, mit dem Rad oder Pedelec schnell und komfortabel unterwegs zu sein. Autos sind nur noch dort unterwegs, wo unbedingt notwendig. Überwiegend wird das Wirtschaftsverkehr sein. Fußgänger\*innen sind deutlich sicherer unterwegs. Menschen mit Behinderungen, aber auch Menschen mit Rollatoren oder Kinderwagen werden nicht mehr durch Barrieren ausgebremst.

- ▶ **Wie können unsere Leser\*innen deine Initiative unterstützen?**

Ich verstehe die Verkehrswende als einen die gesamte Gesellschaft umfassenden Transformationsprozess. Es geht nicht nur um Klimaschutz oder verkehrspolitische Ziele. Es geht darum, das Auto im Kopf zu überwinden, das die vergangenen Jahrzehnte unser Denken und Erleben bestimmt hat. Es geht hier nicht um eine pauschale und naive Autofeindlichkeit, wie man den Akteuren der Verkehrswende gerne unterstellt. Es geht darum, dass das Zeitalter, in dem das Auto unsere Mobilität dominiert, dem Ende entgegen geht. Es gibt bessere, effizientere und gesündere Arten der Fortbewegung. Wir



Mark Peter gründete „Einfach Einsteigen“

müssen den Wandel vorantreiben, Alternativen aufbauen und sehen, wo am Ende das Auto noch sinnvoll ist. Diesen Wandel gilt es sowohl im privaten als auch im beruflichen Umfeld voranzutreiben. Nicht nur der Automobilindustrie steht ein um-

fangreicher Transformationsprozess bevor. Bringen Sie sich ein, vernetzen Sie sich. Wir freuen uns auch über Ideen, Knowhow, Zusammenarbeit und auch über finanzielle Unterstützung unserer Arbeit.



**Ver.di-Aktion im September letzten Jahres: Die ökologische Verkehrswende gibt's nur im Paket mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bei Bus und Bahn.**

## IMPRESSUM



Die Zeitung wird gefördert durch EVG Bremen, GEW Bremen, IG Metall Bremen, NGG Bremen und ver.di Bremen. Über weitere Mitarbeiter\*innen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

**HERAUSGEBER & KONTAKT**  
Arbeitskreis DGB-Senior\*innen Bremen  
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen  
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen  
E-Mail [wir@aulbremen.de](mailto:wir@aulbremen.de)

**DRUCK**  
Wir machen Druck

Frühere WIR-Ausgaben unter >>> <https://www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir>

### REDAKTION

Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo, Wolfgang Schröder (NGG), Edith Ahrens, Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Margot Müller, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening, Holger Zantopp (ver.di)

V.i.S.d.P.

Jens Tanneberg

Bildungsvereinigung Arbeit und Leben  
(DGB/VHS) e. V. Bremen | Tel. 0421 960890



# Dat 135-Millionen-Graff vun de „Gorch Fock“

*Schandaal ok üm Tropenholt ut Myanmar*

*Mag ween un de Kosten för dat Ümboon un Neemaken vun dat Marineschoolschipp stiegt noch mehr, wenn in 2021 allens fardig is. Dat sünd avers nich de eenzigen Maleschen. Dat geiht ok üm Teakholt ut Myanmar, wat illegal dalslaan worrn is. Dat Land weer dör en Militäropstand un Gewalt gegen Demonstranten bekennt worrn. Butendem sünd se gegen de muslimische Rohingya-Minnerheit brutal vorgahn un hebbt de Minschen verdreven.*

*In Düütschland hett dat Klagen gegen dat Klauen vun Holt geven, denn dat Teakholt-Roden is woll nich mit EU-Recht övereens. Düütsche Gerichte hebbt mittewiel fastsloan, en groten Deel vun 't Holt is so as fröher in de „Gorch Fock“ inboot worrn, de Lüüd dröfft avers mit de Arbeiten eerstmal wiedermaken.*

*⚓ Fitmaken för latere Militärinsätz*

*Wat is dat nu för en Schipp, wo de Kosten för dat Opklüttern explodeert sünd un wo de Bunnregerung nienich seggt hett, dat is veel to veel? En Fredensschipp? Okay, de Dreemaster hett nich een Kanoon an Boord. De „Gorch Fock“ is avers as Utbildungsschipp dorför dor, de Kadetten fit to maken för de Kriegsmarine. Dat geiht üm dat Handwark, en Schipp ok bi en Kriegsinsätz stüern to können. Een mutt sik dat Seilschipp in en grötteren politisch-militärischen Tosamenhang ankieken.*

*Opstunns liggt de „Witte Swaan“, as de Bark faken nöömt warrt, op de Lürssen-Warft in Lemwerder. De letzten Johren is de „Gorch Fock“ al woanners trechtmaakt worrn, in Lemwerder is nu dat Fienmaken an de Reeg. Dat Schipp warrt op Schick bröcht. De Ümbo vun den öllerhaftigen Dreemaster schull teihn Millionen Euro kösten. Nu snackt se över tominnst 135 Millionen Euro, üm dat Marineschoolschipp wedder flott to maken för grote Fohrten op de hele Welt. Schandaal! Een fraagt sik, woans de hogen Kosten mööglich sünd?*

*⚓ Dodesfäll op dat Schoolschipp*

*In all de Johren siet de Dööp 1958 muss de „Gorch Fock“ vele gräsige Saken beleven. Söss Minschen sünd to Dode kamen. So weern dree Kadetten*

**Holger Zantopp**



*Unter vollen Segeln in der Kieler Förde.*



Oben: Der marode Rumpf der Gorch Fock muss saniert werden.  
Unten: Das Deck erhielt neue Planken aus feinstem Teak.

un en Matroos ut de Takelaasch rutful-  
len. En Offzeer is  
vun en Ladeboom  
dootslahn worrn.  
Butendem weer en  
18-jöhrige Kadettin  
op'n mal verswun-  
nen. Later is se  
denn dood in de See funnen worrn.  
Wat dor Anfang September 2008 nipp  
un nau passeert is, dat is bet nu nich  
so richtig kloor.

Rund üm dat Schipp, dat nu mehr as  
60 Jahr oolt is, hett dat jümmers  
wedder Korruption geven, Smeergeld  
is hen- un hergahn. Vunwegen  
Bedregeree un Missmanagement is  
denn de Warft in Elsfleth koppheister  
gahn un hett Konkurs anmeldt. Veel  
to veel weer ut de Spoor lopen. Bannig  
veel Geld is bi den Ümbo fleiten gahn.  
Maakt nix, wenn nu allens düer  
warrt, harr de fröhre Ministersch  
fö'r't Verdeffenderen, Ursula von der  
Leyen, seggt. Se hett denn de hogen  
Kosten africkt. En worraftiger  
Millionen-Krimi!

⚓ Wokeen weer Gorch Fock?

Wo kummt nu de Naam Gorch Fock  
her? Wokeen weer dat? Dat weer



Johann Wilhelm  
Kienau, op de  
Elvinsel Finkwar-  
der is he an'n  
22. August 1880 op  
de Welt kamen.  
Finkwarder weer  
dormals noch keen  
Deel vun Ham-

borg. De Schrieversmann un Dichter  
harr sik den Namen Gorch Fock  
geven. He hett ok Kriegsgedichten op  
Platt schreven, to'n Bispill „Op em,  
Jungs“ und „Uns Mariners“. He wull  
geern to See fohren, dat gung avers  
toerst nich, denn he weer jümmers  
seekrank.

In'n 1. Weltkrieg weer he denn doch  
op en Kriegsschipp üneregens. Bi de  
Skagerrak-Slacht is he denn an'n 31.  
Mai 1916 tosamen mit hunnerte  
annere Minschen dör britische  
Angrepen üms Leven kamen. Gorch  
Fock is blots 35 Jahr oolt woorn. Dat  
Graff vun em liggt op dat sweedsche  
Eiland Stensholmen.

⚓ Vun de Nazis as Held fiert

Johann Wilhelm Kienau, alias Gorch  
Fock, is 1913 mit sien Roman  
„Seefahrt ist not“ beropen worrn. Dat  
weer en Bestseller. Later harrn de  
Nazis dat Book as Propagandainstru-  
ment missbruukt. He weer vun 1933  
af an för de NSDAP en „Nationale  
Identifikationsfigur“. Dor weer he  
avers al lang doot, storven för „Kaiser  
un Vadderland“. De Schriever harr sik  
mal wunnert över de Düütschen, de  
sik üm de „Reine Rasse“ vun Hunnen,  
Kaninken un Peer sorgt, avers nich,  
wenn dat üm Minschen geiht. En  
kloren Anti-Rassist weer he seker  
nich.

De „Gorch Fock“ is wohrschienlich ok  
in Tokunft keen Kriegsschipp. Dat  
Schoolschipp is avers en Deel vun't  
Militär in Düütschland, wat na den  
Ümbo för 135 Millionen Euro so  
richtig düer worrn is – dat illegale  
Dalslaan vun Teakholt in Myanmar  
maakt de Saak bavento noch leger.





## GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE

IM ÖFFENTLICHEN UND PRIVATISIERTEN SEKTOR  
HÖRT NICHT VON ALLEINE AUF.

**WIR MÜSSEN SIE BEENDEN!**

## Zunehmende Respektlosigkeit und Gewalt

# Muss das sein?

In den letzten Monaten haben Respektlosigkeit und Aggressivität gegenüber vielen Berufsgruppen der arbeitenden Bevölkerung zugenommen. Dies betrifft besonders Rettungskräfte, Feuerwehrleute, Mitarbeiter\*innen im öffentlichen Dienst, in Kliniken und Arztpraxen oder Polizeibeamte. Sie haben eine Sonderrolle, weil sie wegen ihres Gewaltmonopols auch – teilweise berechtigter – Kritik ausgesetzt sind. Hierzu einige Beispiele:

- ▶ Ein 49-Jähriger hat einen Rettungssanitäter mit seinem Auto absichtlich angefahren. Er habe zunächst die Tür des Rettungswagens aufgerissen und den Sanitäter aufgefordert, den Wagen zur Seite zu fahren, weil dieser im Weg stünde, hieß es. Nach einem Wortgefecht stieg der aggressive Mann in sein Auto, steuerte „gezielt“ auf einen der Sanitäter zu und fuhr ihn an.
- ▶ Böller wurden auf Sanitäter geworfen.
- ▶ In jedem fünften Rathaus in Deutschland wurden Mitarbeiter\*innen körperlich angegriffen, bespuckt oder geschlagen. Die Zahl der Beleidigungen und Bedrohungen stieg innerhalb eines Jahres rasant an.
- ▶ Bedrohungen gegenüber Kommunalpolitiker\*innen sind an der Tagesordnung, besonders im Internet.

Warum ist das so geworden? Ist unsere Gesellschaft in Deutschland zunehmend verroht und der Umgang mit Menschen untereinander rücksichtsloser und brutaler geworden? Was sind das für Leute, die sich so aggressiv gegenüber Menschen verhalten, die ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen oder sogar solchen, die im Dienst der Gesundheit von Menschen stehen?

Ist das eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen, die alkoholisiert oder unter

Drogen sich mutig fühlen? Oder anders gefragt: Was macht Menschen in dieser Zeit so ungeduldig oder aggressiv?

Viele Fragen zu einem Problem, was Beschäftigte und ihre Gewerkschaften angeht. Deshalb haben DGB und Einzelgewerkschaften 2020 die Initiative „Vergiss nie – hier arbeitet ein Mensch“ ins Leben gerufen. Eine tolle Initiative, nachzulesen unter [mensch.dgb.de](http://mensch.dgb.de).

Ich schäme mich dafür, wenn sich Menschen so verhalten. Denn meine Erfahrung nach einem Fahrradunfall – mit Fahrerflucht – zeigt: Es geht auch anders. Die Hilfsbereitschaft eines vorbeifahrenden Paares auf dem Rad (heute sind wir befreundet), die Sanitäter im Notarztwagen, die dazukommende Polizei und die Ambulanz im Diako Bremen. Die einfühlsame Art, mit der ich betreut wurde: das hat mir sehr geholfen.

Dazu fällt mir die Redensart ein:

Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.

So wie man sich anderen gegenüber verhält, so verhalten sich diese zu einem selbst. So, wie man jemanden behandelt, so reagiert dieser darauf; Wer unhöflich ist, wird auch unhöflich behandelt. Allerdings: Ausnahmen bestätigen die Regel – auch dafür gibt es Beispiele.

**Cornelia  
Förster-Bonomo**



# Auf einen groben Klotz gehört ein ...

**Traudel Kassel**

Meine erste Berührung mit aggressiver Bekämpfung von Gewerkschafter\*innen war die Begegnung mit der Supermarktkassiererin Barbara Emme – genannt Emmely, die im Verlauf des Einzelhandelsstreiks 2008 in Berlin wegen der angeblichen Unterschlagung von Pfandbons im Wert von 1,30 Euro fristlos gekündigt wurde.

Nach anfänglichem Schock ließ sie sich das nicht gefallen, stritt bis zum Bundesarbeitsgericht um ihr Recht – und gewann ihren Arbeitsplatz zurück. Sie musste viel ertragen in den zweieinhalb Jahren der gerichtlichen Auseinandersetzung, auch die öffentliche Diffamierung durch Professor Rieble, Leiter eines von Unternehmerverbänden und Großkonzernen finanzierten Instituts in München, der sich auf die Ausbildung von Gewerkschafts- und Betriebsratsfeinden spezialisiert hatte. Heute nennt man das Union Busting (engl. für Gewerkschaft zerstören). Durchgehalten hat sie, weil sich ein Unterstützungskomitee gebildet hatte, das sie in der ganzen Zeit begleitete und der Konflikt dadurch bundesweit und darüber hinaus bekannt wurde. Er hat sogar zu einem gewissen Umdenken bei Juristen gegenüber der Rechtsprechung bei Bagatell- und Verdachtskündigungen geführt.

In Bremen ist der jahrelange tapfere Widerstand der Schlecker-Betriebsrätinnen gegen Schikanen, Bespitzelung und Verdachtskündigungen bekannt geworden, unterstützt durch ver.di und engagierte Anwälte. Als Schlecker 2009 das Konzept der Schlecker XL-Filialen mit Billiglöhnen

und prekären Arbeitsverhältnissen in Angriff nahm, erhielten die Kolleg\*innen Unterstützung nicht nur durch ver.di, sondern auch durch öffentlichkeitswirksame Aktionen des Mayday-Bündnisses, das sich die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse – Befristung, Leiharbeit, Niedriglöhne, Bespitzelung usw. - zur Aufgabe gemacht hatte.

## **Betriebsräte werden bekämpft – was tun?**

Heute vergeht kaum eine Woche, ohne dass in gewerkschaftlichen Medien oder im Labournet über Kündigungsversuche von Betriebsräten oder die versuchte oder tatsächliche Verhinderung der Gründung von Betriebsräten berichtet wird – in unserer Region aktuell der Fall der Betriebsrätinnen im Pflegekonzern Orpea (Wohnpark Weser). Wie in vielen vergleichbaren Fällen wehren sie sich mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft erfolgreich vor Gericht. Die Geschäftsführung – wohl wissend, dass sie sich dort nicht durchsetzen kann – setzt aber immer wieder nach mit neuen Schikanen und Vorwürfen mit dem Ziel, die Kolleginnen zu zermürben.

Die Antwort auf solches Verhalten von Unternehmern kann nur sein, den Konflikt in die Öffentlichkeit zu tragen, zu skandalisieren und eine dauerhafte Unterstützung für die betroffenen Kolleg\*innen zu organisieren. Da Betriebsräte bei allen Schwierigkeiten gesetzlich auf vertrauensvolle Zusammenarbeit festgelegt sind, gilt es eine gewerkschaftliche und politische



*Der Kampf gegen unternehmerische Willkür gegenüber den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften muss sich auch an die Bundestagsparteien richten.*





*Solidarität hilft siegen.  
Im Fall Emmely urteilte  
das Bundesarbeitsgericht  
am Ende gegen Kaiser's  
Tengelmann.*

Gegenmacht gegen die Unternehmen und ihre Helfer in Kanzleien und Instituten aufzubauen, die die Täter – denn das sind sie – schließlich zum Einlenken zwingt.

Das gelingt am besten, wenn sich die zuständige Gewerkschaft nicht auf den Einzelfall beschränkt, sondern die Solidarität der Gewerkschafter\*innen aus der gesamten Branche und darüber hinaus der aller in Gewerkschaften organisierten Beschäftigten einfordert. Auf vielen Plakaten prangt die Losung: Gemeinsam sind wir stark. Das ist richtig, muss aber auch umgesetzt werden. Der Metaller bei Daimler muss erkennen, dass seine Partnerin, die alte oder kranke Menschen pflegt, an der Supermarktkasse oder in der Gastronomie arbeitet, seiner Unterstützung und der seiner IG-Metall bedarf, um ihre Interessen und die ihrer betreuten Menschen durchzusetzen.

### **Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil**

Diesem Ziel hat sich die Initiative „Arbeitsunrecht“ verschrieben, die seit 2014 Fälle aufgreift und untersucht, Namen von Unternehmen nennt und seit 2015 mit der wiederkehrenden Aktion „Schwarzer Freitag, 13.“ öffentlichkeitswirksam vor besonders übel agierenden Betrieben auftaucht. Der aktuelle „Schwarze Freitag, 13.“ war im August 2021. In ihrem Motto „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil“ bezieht sich die Initiative auf keinen Geringeren als Johann Wolfgang von Goethe, der in der Sprache seiner Zeit sinngemäß das Gleich-

che ausdrückte: „Wer das Recht auf seiner Seite fühlt, muss derb auftreten, ein höflich Recht will gar nichts heißen“.

Letztlich muss der gewerkschaftliche und gesellschaftliche Druck so stark werden, dass Unternehmen nicht mehr beliebig mit ihren Betriebsräten umgehen können und der Gesetzgeber gezwungen wird, endlich wirksame Regelungen zu deren Schutz zu erlassen. Dass das möglich ist, hat das politische Eingreifen im Fall der Fleischindustrie in der Corona-Pandemie gezeigt, nachdem die NGG zusammen mit Initiativen und örtlichen Politikern viele Jahre vergeblich gegen die Praktiken der Fleischbarone mit ihrem Subsub-System angekämpft hatten.

Ein halbherziges Gesetz wie das Betriebsräte-Modernisierungsgesetz erfüllt nicht den Anspruch, deutliche Verbesserungen bei der Neueinrichtung von Betriebsräten herbeizuführen, erst recht nicht zum Schutz vor Union Busting.

**Gewerkschaften, aber auch die gesamte Gesellschaft dürfen nicht nachlassen, gesetzliche Rechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen einzufordern und durchzusetzen. Es braucht mehr „derbes Auftreten“, um das Recht durchzusetzen.**



Ich hatte das Glück an einem Seminar zum Thema -“Alltagsrassismus und Afrikabilder“ des 20./21. Jahrhundert teilzunehmen. Für mich war es besonders interessant, da ich mich schon seit Jahren mit Rassismus beschäftige.

Wir erfuhren etwas über impliziten Rassismus: Er hat zur Folge, was für ein Gefühl ich gegenüber Menschen mit anderer

- ▶ „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten.“ von Alice Hasters. Die Autorin lebt in Deutschland und geht neben der Schilderung ihrer eigenen Erfahrungen auch auf die kolonialistischen Ursachen und Hintergründe sowie die philosophischen und (pseudo-) wissenschaftlichen Rechtfertigungen von Rassismus ein. Statt Mildtätigkeiten und Entwicklungshilfe sind für Hasters Reparationen für erlittene Schäden und ein Begegnen auf Augenhöhe die bessere Lösung.
- ▶ Reni Eddo-Lodge „Warum ich nicht länger mit Weißen über Hautfarbe spreche“ schreibt ausschließlich über die Schwarzen in England: Viele Weiße meinen, dass sie mit Rassismus kein Problem haben. Aber „White Privilege“ ist ein Instrument des Rassismus. Rassismus mehrt die Chancen für Weiße, gibt ihnen unverdiente Macht und hält eine stille Dominanz aufrecht. Prägnant ist die Aussage des (farbigen) Direktors des Instituts für interethnische Beziehungen: „Wir sind hier, weil ihr dort wart.“

Beide Autorinnen fordern eine Zukunft ein, in der es solche Bücher nicht mehr braucht. Sie appellieren Benachteiligungen wahrzunehmen, anzusprechen und die Verhältnisse zu ändern. Dass das auch für Bremen gilt, zeigen zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit

#### **Rassismus in der BREBAU**

Laut eines Radio-Bremen-Beitrags diskriminierte die städtische Bremer Woh-

#### **Die Begriffe**

**Impliziter Rassismus** ist, wenn wir selber eventuell gar nicht merken, dass unsere Gefühle, unsere Haltung und unsere Handlungen anderen Menschen gegenüber von deren Hautfarbe oder Herkunft bestimmt sind. **Von strukturellem Rassismus** spricht man, wenn jemand aufgrund seines Namens keinen Termin zur Wohnungsbesichtigung bekommt, allein wegen seines Aussehens von der Polizei kontrolliert oder einem der Zugang für bestimmte Bildungseinrichtungen aufgrund der Herkunft der Eltern verwehrt wird.

# Rassismus und Diskriminierung – auch in Bremen

Hautfarbe (People of Colour) oder anderer Herkunft entwickle: Bin ich fair oder unfair bei der Beurteilung? Der hier zum Ausdruck kommende Rassismus ist oft unterschwellig und unbewusst. Über den strukturellen (auch systematischen oder institutionellen) Rassismus haben wir lange diskutiert. Es geht dabei um die Benachteiligung auf der Wohnungssuche, im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder bei der politischen Beteiligung, zum Beispiel im Wahlrecht.

Anhand von Beispielen von Forschern, Kaufleuten oder Philosophen aus unterschiedlichen Jahrhunderten verfolgten wir, wie sich im Zusammenhang mit dem Kolonialismus eine Vorstellung von Minderwertigkeit von Schwarzen festsetzte, die bis in die heutige Zeit wirkt.

Noch heute verbreiten Ausstellungen, Bücher und rassistische Stereotype über Menschen. Diese prägen unsere größtenteils pauschalen Bilder und Vorstellungen, insbesondere über Afrika. Dabei drückt der Ausspruch: „Afrika gibt es nicht“ aus, dass man einen Kontinent, bestehend aus 55 Staaten mit Hunderten von unterschiedlichen Völkern und Tausenden Kilometern zwischen Ost und West, Nord und Süd nicht über einen Kamm scheren kann.

Zwei neuere Bücher schwarzer Frauen wurden vorgestellt:

#### **Hilfe ...**

... bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz bietet Arbeit und Leben mit der Beratungsstelle ADA (Antidiskriminierung am Arbeitsplatz). Siehe: [www.ada-bremen.de](http://www.ada-bremen.de)





**Klarer Standpunkt in Sachen Sitzgelegenheiten. Diese Bank steht in Brunsbüttel.**

nungsbaugesellschaft über Jahre systematisch Menschen bei der Wohnungssuche. Gezielt sollten Bewerber\*innen, die ihre Wurzeln außerhalb Deutschlands haben, von BREBAU-Wohnungen ferngehalten werden. Aus Papieren geht hervor, dass die Gesellschaft ihre Bewerber in Kategorien einteilte. Eigene Codes wurden ausgedacht, „KT“ etwa für Kopftuchträgerinnen, ein Schwarzer Mensch bekam die Abkürzung „E40“. In der Anweisung heißt es weiter: „Keine People of Color!“ - dazu gehören auch Sinti, Roma, Bulgaren und Rumänen. Die BREBAU ist leider kein Einzelfall, was Diskriminierung von Migrant\*innen auf dem Wohnungsmarkt angeht. Besonders verwerflich aber ist in diesem Fall das systematische Vorgehen.

### **Rassismus bei der Feuerwehr Bremen**

Die WIR berichtete darüber schon in der Ausgabe Nr. 41. Wie der WESER-KURIER (Ralf Michel) nun schreibt, haben sich die Rassismus- und Sexismus-Vorwürfe gegen die Bremer Feuerwehr erhärtet. Zu entnehmen ist dies der Neufassung des Abschlussberichts von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Die Sonderermittlerin Karen Buse, ehemalige Staatsrätin und Richterin, erstellte aufgrund der Vorwürfe von Whistleblowern (Hinweisgeber, Informanten) ein Gutachten. Sie wies auf eklatante Missstände bei der Feuerwehr

hin: rechtsextreme Chats, Mobbing, Rassismus und Sexismus. Ihr Gesamturteil fällt trotz der Kritik relativ milde aus: „Nein, es brennt nicht“, schreibt sie, „aber an der einen oder anderen Stelle schlägt der Rauchmelder an.“ Bei all den Vorwürfen, so das Gutachten, beträfe es aber nicht die ganze Institution - es seien Einzelfälle.

### **Aber es gibt auch Beispiele, die mich zuversichtlicher machen.**

Im Magazin „zukunft jetzt“ der Deutschen Rentenversicherung, das wir Rentner\*innen mehrmals im Jahr per Post bekommen, war das Leitthema diesmal: „Erfolgsfaktor Diversität -, Wie Unternehmen sich bunter aufstellen, um neuen Herausforderungen zu begegnen“. Allein die Titelseite prägten verschiedenste Weltbürger. Der Text „Vielfalt gewinnt“ berichtete dann unter anderem, dass es für ein Unternehmen profitabler ist, wenn seine Manager aus unterschiedlichen Kulturen kommen. Demnach zahlen sich geschlechtliche, ethnische und altersbezogene Vielfalt aus. Der Begriff Diversität bedeutet aber nicht nur Vielfalt, sondern auch den bewussten Umgang mit ihr. Diversität ist dabei nicht nur als Förder- oder Quotenprogramm für Minderheiten gedacht. Vielmehr geht es darum, dass Mitarbeiter ihre Stärken in einem wertschätzenden Umfeld einbringen können.

Regina Contzen, Anka Bolduan und Marion Reich bilden des Vorstand des Museumsvereins.



Am 8. Oktober 1991 wurde der Verein „Bremer Frauenmuseum e.V.“ gegründet. In Diskussionen mit interessierten Frauen wurde deutlich, dass engagierte Frauen in der Darstellung ihrer Leistungen unterrepräsentiert sind - sowohl in Geschichtsbüchern wie auch in Museen. Das sollte

samkeit erhalten. Nun finden unter der Regie des Frauenmuseums regelmäßige Ausstellungen der Werke von Künstlerinnen in den Räumen der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) statt. Es werden Vorträge und Diskussionsveranstaltungen an unterschiedlichen Orten organisiert. Auch an der Organisation des Internationalen Frauentages beteiligt sich der Verein.

## 30 Jahre Frauenmuseum Nur die Räume fehlen noch

sich ändern. Ziel war und ist es heute noch, gezielt über bisher häufig vernachlässigte frauenspezifische Themen zu informieren. Die Leistungen und das Wirken von Frauen sollte präsentiert werden. Leider hat sich der Traum von eigenen Räumen bis heute nicht erfüllt.

Durch das besondere Engagement der Frauen ist es trotzdem gelungen, in vielen Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen die Leistung von Frauen in Bremen ins allgemeine Bewusstsein zu rücken.

Ich sprach mit Regina Contzen. Sie ist seit 2012 Mitglied und im Vorstand tätig. Diese Zeit konnte sie nach ihrer Pensionierung für die vielfältige Arbeit aufbringen. So sind es auch vorwiegend Senior\*innen, die sich an der aktiven Arbeit beteiligen. Für Regina Contzen waren die Ungerechtigkeiten und Lebensbedingungen von Frauen Anlass genug, sich im Verein zu engagieren. Durch ihre frühere Tätigkeit als Kunstpädagogin hatte sie festgestellt, dass Frauen gerade in der Kunst nur selten die verdiente Aufmerk-

Wenn es um die Suche nach neuen Straßennamen geht, sind die Frauen Ansprechpartnerinnen der Ortsämter. In akribischer Detektivarbeit wurde eine Liste mit bedeutenden Bremer Frauen erstellt, damit diese auch einen Platz im öffentlichen Stadtbild finden. Leider sind die Straßennamen immer noch in der Mehrzahl nach Männern benannt.

Unter der Internetadresse [bremer-frauenmuseum.de](http://bremer-frauenmuseum.de) findet man umfangreiche Informationen zu den Aktivitäten. Hier sind auch Berichte über viele Bremer Frauen veröffentlicht. Auf Mitgliederversammlungen wird mindestens einmal jährlich über zukünftige Aktionen diskutiert. Es gibt auch Männer, die das Frauenmuseum unterstützen, ideell oder auch finanziell. Diese Unterstützung ist natürlich sehr willkommen.

Wie sieht die Zukunft aus? Geplant sind weitere Veranstaltungen und Ausstellungen. Interessant wird sicher der in Planung befindliche digitale Stadtrundgang. Hier wird man zu wichtigen Orten geführt, an denen Frauen gewirkt und gelebt haben. Ich wünsche mir, dass die Frauen im Verein noch lange aktiv sind. Sie sind eine Bereicherung des kulturellen Lebens in Bremen.



# Im Juni ...

... machte das Greenpeace-Kampagnenschiff „Beluga II“ in Bremen fest. An Bord eine Ausstellung des Fotografen Nikita Terjoshyn, der auf internationalen Waffenmessen bizarre Impressionen von moderner Kriegstechnik eingefangen hat. In Bremen war die Ausstellung gerade richtig: Laut Weser-Kurier sind in der Hansestadt rund 4.000 Menschen in der Rüstungsindustrie bei Airbus, Rheinmetall Defence, Lürssen oder Atlas Elektronik beschäftigt. Details siehe <https://www.greenpeace.de/beluga>



## Am 16.06.21 ...

... tagte die Gesundheitsministerkonferenz. Und ver.di war in Bremen zur Stelle. Die kreative Protestaktion machte deutlich: Noch immer gibt es keine Entlastung fürs Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Versprochen – gebrochen!



Zu Wir Nr. 42/2021

Euer Heft behandelt wieder so viele hochaktuelle Themen! Zum Nahverkehr gibt es detaillierte Informationen. Hervorragend der kritische Aufsatz zur Autoindustrie und was wirklich wichtig für die Zukunft wäre. Ich habe gelernt, dass es Räder gibt, die sich in alle Richtungen drehen. Berührend die Schilderung über alleine Sterben in Coronazeiten, empörend die Zustände zum oft unzureichenden Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Das Hulsbergpro-

jekt – immer noch nicht in trockenen Tüchern! Sehr informativ: Öko-Aquakultur – ein Thema, zu dem man sonst noch nicht viel gehört hat. Das wichtige Lieferkettengesetz, Seenotrettung von Flüchtlingen, die Zustände bei der Residenz-Gruppe – das ist eine Fülle wichtiger Themen, gut geschrieben – und als i-Tüpfelchen noch die Elite-Satire!

Renate Richter, Bremen

## LESERBRIEF

## TRAININGSLAGER

Mitte Juli schwitzten einige WIR-Autor\*innen unter professioneller Anleitung in einer Schreibwerkstatt. Einige der Seminar-Früchte aus Bad Zwischenahn haben es durch die Qualitätskontrolle geschafft ... viel Spaß!



## Wie ein iPhone - nur mit Pedalen

Mit dem Eintritt ins Rentenalter und der Abschaffung meines Autos habe ich ein neues Mobilitäts-Selbstbewusstsein für die Stadt entwickelt. Nach einer Probefahrt kaufte ich mir ein innovatives holländisches E-Bike – laut Zeitungsberichten das „iPhone unter den E-Bikes“. Der

„Tesla unter den E-Bikes“. Ein „Alptraum für Fahrraddiebe“. „Besser als das Beste“. Auch der Preis war akzeptabel. Ich wollte also in die Zukunft fahren.

Ein Fahrrad ohne viel Schnickschnack, Automatik inklusive - ein

Schloss brauchte ich also nicht und sehr auffallend vom Design ist es auch. Der einzige Haken: Man kann es nur mit einem iPhone bedienen. Wie bitte? Nur um Rad zu fahren, schaffe ich mir doch kein überteuertes iPhone an! Die Zukunft sieht also für mich so aus: Ich werde mein E-Bike einem iPhone-Besitzer verkaufen. Na super! (Bernd Krause)

## Kommentar: Mehr Platz für Menschen

In vielen Bremer Nebenstraßen quetschen sich die Menschen. Sie konkurrieren mit Kindern auf Rollern und Fahrrädern und Hunden, wenn sie Rollatoren und Kinderwagen auf dem schmalen Stückchen Fußweg zwischen parkenden Autos und Mülltonnen im Slalom hindurchschieben. Die Polizei hat längst aufgegeben, selbst verkehrgefährdendes Falschparken zu ver-

folgen. Statt an Lösungen für die quälenden Alltagsprobleme von zigtausenden Bremern zu arbeiten, beschäftigen sich die zuständigen Politiker\*innen seit Jahren hauptsächlich mit den paar Quadratkilometern der City zwischen Wallanlagen und Weser. Sie machen Pläne und verwerfen sie, machen neue. Sie geben Hunderttausende für Gutachten und Probeläufe aus –

siehe Martinistraße. Stattdessen sollten sie einfach mal loslegen mit offensichtlich einfachen vernünftigen Lösungen. Das würde viel Geld und Kapazitäten freischaufeln, die für die Sorgen im „Rest“ Bremens verwendet werden könnten.

Also: raus aus den Amtsstuben – rein in die Stadtteile und die Welt mal mit den Augen der Alten und Fußkranken, der Mütter und der Kinder sehen! (Traudel Kassel)

## Endlich ist Bremen auch mal Spitze!

So wie der Rest der Republik hat auch Bremen ein Impfzentrum zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erhalten. Die Organisation der Impftermine legten die Verantwortlichen in die Hände von Fachkräften aus dem Hotelgewerbe – eine weise Entscheidung! Anders als andernorts gibt es in Bremen keinerlei Probleme mit den Anmeldungen. Auch der Ablauf bei den einzelnen Impfungen ist hervorragend geregelt. Die große Zufriedenheit der Bremer\*innen zeigt sich in zahlreichen Leserbriefen. Allerdings ist das

Impfzentrum sehr teuer, vor allem durch die hohen Honorare für die Ärzt\*innen: Der Stundenlohn liegt bei 120 Euro. Mit der Zeit meldeten sich die hiesigen niedergelassenen Ärzt\*innen zu Wort und argumentierten, dass das Wohl der Bevölkerung doch IHRE ureigene Aufgabe sei. Mehr noch: Sie könnten die Impfungen besser und kostengünstiger organisieren. Als endlich auch sie ins Impfgeschäft einsteigen durften, folgte kurze Zeit später die Beschwerde, dass sie kaum noch zur regelmäßigen Patient\*innenversor-

gung kommen würden, so groß sei der Andrang. Die Telefone in den Praxen liefen heiß. Und Impfstoff gebe es nie genug. Stellt sich die Frage, warum das so überraschend für die Ärzteschaft kam. Knapper Impfstoff und große Nachfrage waren als Fakten bekannt.

Damit alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden, müssen die Impfzentren erst einmal weiter bestehen. Von hier aus werden auch die mobilen Impfteams für die einzelnen Stadtteile organisiert. Denn nicht alle Menschen haben einen Hausarzt. (Marlene Henrici)





## Unterwegs mit einem Fleischfresser

Auf der Nachbarwiese lebt er – Grabowsky (Familiennamen: *Talpa europaea*). Von den Eigentümern der Grundstücke eher als ungeliebt betrachtet, steht er aber unter dem besonderen Schutz unseres Landes. Er ist einer der wenigen verbliebenen wilden, Fleisch fressenden Säugetiere, die ihr Leben unter ständiger Beobachtung der Menschen führen.

Ich wollte ihn einen Tag bei seiner Tätigkeit begleiten und habe mich mit ihm angefreundet. Für einen Tag durfte ich ihn bei einer Wanderung durch seine Wohnröhre begleiten. Er zeigte mir, dass er hier eigentlich auf einer Insel lebt.

Ringsherum haben die Menschen Bauwerke errichtet und Gräben gezogen. Dies erschwert seinen Kontakt zu seiner Familie. Seine selbstangelegten Schnellstraßen, Brunnenanlagen Vorratsräume und Wohnanlagen sind beeindruckend. Selbst gegen Starkregenfälle hat er vorgesorgt. Er hat eine extra Wohnanlage mit Vorräten auf dem Hügel, nahe an der Wohnanlage der Menschen angelegt.

Etwas mehr Dankbarkeit erwartet er allerdings von den Menschen dafür, dass er ihnen die Zahl der Engerlinge und Larven klein hält. Diese würden sich sonst an den Wurzeln

der Pflanzen gütlich tun. Aber er ist den Menschen schon dankbar für den angelegten Rasen mit seinen zahllosen Regenwürmern. Er hat mal pro Quadratmeter dreihundert Stück gezählt. Das ist weit mehr als er und seine Familie benötigen. Dafür liefert er auch beste Gartenerde, abgelegt in praktischen Hügeln, die der Besitzer des Grundstückes mit seinem Rasenmäher bei jedem Schnitt fein verteilt. Dass dabei die Hügel jedes Mal abgetragen werden stört Herrn Grabowski wenig.

Nach diesem aufregenden Tag verabschiedete ich mich. In ein paar Jahren will ich ihn wieder besuchen. Hoffentlich ist er dann immer noch zuhause. (Udo Hannemann)



Der Vorstand des Kleingartenvereins „Blühauf“ hat alle Mitglieder zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Was ist passiert? Wie bekannt, steht u.a. in der Satzung des Kleingartenvereins: „Nutzung und Pflege der Gärten haben sich - unter Berücksichtigung der kleingärtnerischen Nutzung - an den Bedürfnissen von Natur und Umwelt zu orientieren, um den Artenreichtum an Pflanzen und Tieren zu er-

## Alarm im Kleingartenverein

halten und zu fördern.“ Gilt das nun auch für die vielen Erdhügel der Maulwürfe, die unsere Gärten in Massen zieren?

Nun ist zu hören, dass der Naturschutzbund (Nabu) die Hügel unter Naturschutz stellen will. Die Kleingärtner sind aufgeschreckt, bangen

um jeden Grashalm ihres englischen Rasens, den sie jeden Samstag mit der Nagelschere bearbeiten. Der Vorstand lädt zu einer Begehung, Treffpunkt vor dem Vereinsheim „Blühauf“, ein. Die Redaktion wird vor Ort sein und unseren treuen Leser\*innen berichten. (Cornelia Förster Bonomo)

## Der tägliche Kampf gegen die Maulwürfe

Klaus Heinrich Meier-Schulze (56 Jahre) ist stinksauer. Auf dem am Vortag frisch gemähten Rasen türmen sich, unordentlich verteilt, 32 frische Maulwurfshügel. Meier-Schulze arbeitet als Hausmeister bei der Wirtschafts- und Sozialakademie in Bad Zwischenahn. Dort ist er unter anderem zuständig für die Rasenfläche des Grundstücks. Die Pflege des Rasens liegt ihm am Herzen. Er ist stolz auf die tiefgrüne Ebene vor dem Seminargebäude, die sich zum Zwischenahner Meer hin neigt. Vor zwei Jahrzehnten hat er ihn angelegt. Seitdem stutzt er die Grashalme mit seinem Aufsitzmäher gewissenhaft auf eine daumen-

großen Länge, bringt im Herbst Kalk auf den sauren Boden und düngt ihn im Frühjahr.

Und - er führt seit diesen 20 Jahren einen fast verzweifelten Kampf gegen die Maulwürfe, die sein Idealbild zerstören. Was hat er nicht schon alles unternommen gegen die blinden, mausgroßen Wühltiere: Stunden hat er gewacht, um die Tierchen beim Aufwerfen der Hügel zu fangen und auf dem Nachbargrundstück freizulassen. Mit Knallkörpern versuchte er sie zu verschrecken. Sogenannte Hausmittel wie das Einbringen von Knoblauch oder Brennesselsud halfen

nichts, auch die Anlage von Sendern, die hochfrequente Töne produzieren, brachte nicht das gewünschte Ergebnis.

Einzig und allein das Ausbringen von Rattengift führte kurzfristig zum Erfolg. Doch leider stehen die Maulwürfe unter Naturschutz. Nach dem Tod einer Nachbarkatze und der Androhung einer Anzeige durch den örtlichen Tierschutzbund nahm Meyer-Schulze schweren Herzens von dieser Methode Abstand.

Es bleibt ihm nichts anderes übrig: Auch diesen Vormittag wird er jeden einzelnen Hügel einebnen, verdichten und mit Rasendünger versorgen. Und dies morgen und übermorgen, bis zum Tag seiner Verrentung. (Wolfgang Bielenberg)



# Internationaler Tag der älteren Generation



*In der Hoffnung, dass uns Corona wohlgesonnen ist, treffen wir uns an Info-Tischen zu Gesprächen. Durch die Veranstaltung wird uns wie immer Gabi-Grete Kellerhof führen.*

*Der 1. Oktober stellt die älteren Menschen und ihre spezifische Lebenssituation ins Zentrum der Aufmerksamkeit, gerade in diesen Zeiten. Er soll zur Solidarität zwischen den Generationen beitragen. Alt und Jung können nur miteinander leben und voneinander lernen.*

*Es wird wieder besser. Wir bleiben dran und sehen uns hoffentlich am 1. Oktober. Bis dahin: Bleibt gesund und munter!*

**FR 1. Okt. ab 12 Uhr**  
**Wiese vorm Übersee-Museum**